

Informationen zur Tagung des Landesvorstandes vom 20.10.2012

Aktuell politisch/Aus den Gremien

Der stellv. Landesvorsitzende B. Griese bedankt sich beim LV für die Unterstützung der Demo „Wismar Nazifrei“ am heutigen Tage. Ca. 700 Teilnehmer haben Flagge gegen Rechts gezeigt. H. Holter wertet kurz die 1. Parlamentarierkonferenz aus – eine ausführliche Auswertung, auch zur grundsätzlichen Arbeit des kommunalpolitischen forums, soll auch im Landesvorstand nochmals erfolgen. Der Fraktionsvorsitzende informiert weiterhin über die Arbeit im Landtag und die Einsetzung des PUA zu den P&S-Werften.

H. Bluhm informiert über den aktuellen Verlauf in Sachen TLG-Immobilien bzw. TLG-Genossenschaft. Hierzu werden alle Genossenschafts- und Pool-Mitglieder in den nächsten Tagen ausführlich per Post informiert. Des Weiteren gibt H. Bluhm Auskunft über die im Bundestag geplante Mietrechtsänderung sowie eine Konferenz der LINKEN hierzu am 15. Dezember 2012. Der Landesvorstand wird sich noch vor dieser Konferenz verständigen und somit H. Bluhm eine entsprechende Positionierung zur Wohnungs- und Mietenpolitik der LINKEN aus M-V übermitteln.

Beschlossen wird der Politische Kalender des Landesverbandes für das Jahr 2013. Die Kreisverbände, die Landtagsfraktion, die Arbeitsgemeinschaften und somit sämtliche Gliederungen werden erneut gebeten, gerade in einem Wahljahr „Konkurrenzveranstaltungen/Mehrfachbelegungen“ an nunmehr schon belegten Tagen zu vermeiden.

Auswertung Landesparteitag

Es erfolgt eine kurze Auswertung des Landesparteitages, die in der Beschlussfassung zum „Umgang mit den Beschlüssen“ mündet:

Leitantrag: Soziale Gerechtigkeit und Demokratie zurückgewinnen!

Der Beschluss ist sowohl Positionierung zu landespolitischen Themen als auch Grundlage für die aktuelle strategische Ausrichtung des Landesverbandes – insbesondere in Vorbereitung der Bundestagswahlen 2013.
Verantwortlich für Umsetzung: Landesvorstand

Zukunft gestalten

Laut Beschluss ergibt sich die Zuständigkeit des gesamten Landesverbandes, seiner Gliederungen und den Landesarbeitsgemeinschaften (LAG) zugleich. Gemeinsam mit der Landtagsfraktion erfolgt in Vorbereitung der Kommunalwahlen 2014 die Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse und die Planung einer Konferenz.
Verantwortlich für Umsetzung: stellv. Landesvorsitzenden J. Rösler und B. Griese

Kommunikation im Landesverband (i.V.m. „Gleichheit und Respekt für die Verschiedenheit in unserer Partei - Für eine Kultur der Würde und der Solidarität!“)

Entsprechend Beschluss wird unter Berücksichtigung der im Antrag 5 genannten Grundsätze ein Kommunikationskonzept für den gesamten Landesverband erarbeitet.

Verantwortlich für Umsetzung: MA Öffentlichkeitsarbeit/Kommunikation B. Griese und R. Malachowski

Personalauswahl in Kreisverbänden

Im Sinne des Änderungsantrages ist hier eine konkrete Beauftragung des Landesvorstandes durch den Landesparteitag erfolgt.

Verantwortlich für Umsetzung: AG Personal des Landesvorstandes

Rechtsgewährungsanspruch der Einwohnerinnen und Einwohner sichern

Der Beschluss beinhaltet eine Bitte an die Landtagsfraktion inkl. Aufforderung an die Landesregierung.

Verantwortlich für Umsetzung: Landtagsfraktion

Resolution über die aktuelle Lage in Syrien

Es handelt sich hierbei um eine Stellungnahme zu einem aktuellen Thema, die keine weitere Umsetzung bzw. Benennung von Verantwortlichkeiten bedarf.

Für alle Beschlüsse gilt:

Alle Papiere stehen seit dem 17.09.2012 im Internet zum Download bereit und wurden am gleichen Tag an alle Gliederungen der Partei übermittelt.

Weiterhin beschließt der Landesvorstand:

Umfassende politische Aktionsfähigkeit herstellen, alle Genossinnen und Genossen einbeziehen!

In Auswertung des Landesparteitages am 15.09.2012 in Ludwigslust und im Umgang mit dem (nicht erfolgten) Beschluss des Landesparteitages zum Antrag S 2 und dem zurückgezogenen Antrag S 3 beschließt der Landesvorstand:

1. Die Überprüfung des Kreisstatus der Parteiorganisation der Hansestadt Stralsund durch die Landesschiedskommission, wie sie der Landesgeschäftsführer im Auftrag des geschäftsführenden Ausschusses des Landesvorstandes beantragt hat, ist Grundlage jedes weiteren Vorgehens der Landespartei in ihrem Ziel, die politischen Parteistrukturen den staatlichen Kreisstrukturen anzupassen.

2. Sollte eine der beiden Parteien die Entscheidung der Landesschiedskommission bei der Bundesschiedskommission weiter verfolgen und überprüfen lassen wollen, so ist auch diese Entscheidung vor weiteren in der Sache zu fassenden Beschlüssen der Landespartei abzuwarten.

3. Ein möglicher Widerspruch zur Einstweiligen Verfügung des Landgerichts Schwerin zur Unterlassung einer Abstimmung auf dem letzten Landesparteitag wird trotz gegebener Erfolgsaussichten nicht eingelegt, um Mitgliedsbeiträge der Genossinnen und Genossen nicht für gerichtliche Auseinandersetzungen zu verwenden.

4. Um die festgefahrenen politischen Gespräche der Kreisvorstände Vorpommern-Rügen, Stralsund und dem Landesvorstand aufzubrechen, wird parallel zu den Entscheidungen der Schiedskommission(en) zwischen den Parteien eine Gesprächsgruppe gebildet, die die politischen Differenzen erörtert und den Beschluss des Kreisparteitages Stralsund vom 10.12.2011 zur Fusion mit dem Kreisverband Vorpommern-Rügen auf freiwilliger Basis ermöglicht. Auf zeitliche Zielvorgaben wird im

Interesse einer breiten und intensiven Diskussion und einer politischen Annäherung von allen beteiligten Seiten verzichtet.

5. Der Landesvorstand erwartet entsprechend § 15 Abs. 2 der Landessatzung vom Landesausschuss, die Gesprächsführung für diese Gruppe zu übernehmen.

6. Für den Landesvorstand werden für diese Gesprächsgruppe folgende Mitglieder benannt: Heidrun Bluhm, Ralf Malachowski, Dieter Kowalik. Die anderen Gremien (KV VP-R, KV HST, LA) benennen ebenfalls jeweils drei Mitglieder aus ihrer Mitte.

7. Da die Tragweite der parteiinternen Diskussion zwischen den Parteien bereits den gesamten Landesverband mit allen seinen Mitgliedern erfasst hat, werden von den Gesprächsrunden Ergebnisprotokolle angefertigt und als parteiinterne Informationen zur Verfügung gestellt. Hinweise und Ratschläge für die Vertiefung weiterer Gespräche sind von den Mitgliedern des Landesverbandes ausdrücklich erwünscht. Dazu ist eine Kontaktstelle einzurichten und bekannt zu machen.

Wahlen – Wahlvorbereitung 2013

Der Landesvorstand nimmt in einer ersten Lesung die Wahlauswertung 2011 zur Kenntnis. Konkrete Änderungswünsche sind der Landesgeschäftsstelle bis 17.11.2012 zu übermitteln – eine Beschlussfassung und Veröffentlichung ist für Dezember 2012 geplant.

Die vom Parteivorstand beschlossene und in der letzten Woche veröffentlichte Wahlstrategie wird als unvollständig betrachtet, daher soll für den Landesverband eine weitere Untersetzung erfolgen, z.B. in den Fragen Umfeldbeobachtung, Kommunikation, Kampagne, Personalisierung etc. Zu Beginn des nächsten Jahres soll die Konstituierung des Landeswahlbüros erfolgen – die Kreisverbänden werden erneut aufgerufen, Wahlteams in den neuen Wahlkreisen zu bilden und die LGST entsprechend zu informieren (siehe Beschlüsse des LV vom August 2012).

Finanzen

In Vertretung der Landesschatzmeisterin informiert der Landesgeschäftsführer über die aktuellen Gespräche zum Finanzplan 2013, die Mitgliederentwicklung sowie den Abschluss des 3. Quartals 2012.

Bereits zum 01.10.2012 beschloss der Landesvorstand im Umlaufverfahren:

Einstellungsstopp für hauptamtliche MitarbeiterInnen im Landesverband der Partei DIE LINKE. Mecklenburg- Vorpommern

Zur Finanzierung ihrer politischen Arbeit wendet die Partei DIE LINKE das Prinzip der Eigenfinanzierung an. Das heißt: Die laufenden Ausgaben sind durch die auf der jeweiligen Gliederungsebene zur Verfügung stehenden Einnahmen zu decken.

Im Rahmen der Finanzplanung 2013 ergeben sich diesbezüglich erhebliche Probleme, so dass ein ausgeglichener Haushalt, sowohl in den Kreisverbänden als auch in der Landesgeschäftsstelle, nur noch unter Verwendung von Rücklagen möglich ist.

Aus diesem Grund beschließt der Landesvorstand:

1. Es erfolgen keine Neubesetzungen von frei werdenden Personalstellen in den Kreisverbänden. Das betrifft auch geringfügige Beschäftigungsverhältnisse.
2. Es erfolgen keine Schaffungen von neuen Personalstellen. Das betrifft auch geringfügige Beschäftigungsverhältnisse.
3. Bei ausscheidendem Personal erfolgt die Nutzung aller im Landesverband vorhandener personeller Ressourcen zur Absicherung der Arbeit in den Kreisverbänden.

In Anwesenheit von M. Linke und A. Röhl aus dem KV Stralsund beschließt der LV eine zeitlich befristete Ausnahme zu o.g. Beschluss:

1. Die in Folge eines Aufhebungsvertrages offene Stelle (geringfügige Beschäftigung – 10 Stunden im Monat) im KV Stralsund wird vom 01.10. bis 31.12.2012 mit Genossin M. Klatte besetzt.
2. Ab Januar 2013 soll eine Übernahme der in Rede stehenden Tätigkeiten (10 Stunden) durch die Mitarbeiter R. Zaspel und/oder M. Schmeißer in Zusammenarbeit mit dem KV Vorpommern-Rügen erfolgen.
3. Es gilt das Angebot der LGST, namentlich P. Böttcher, zur Übernahme sämtlicher Buchführungsarbeiten für die Kreisverbände zu nutzen.

Dem Antrag eines Mitgliedes aus dem KV Rostock, dem KV Stralsund sämtliche Anwalts- und Gerichtskosten – unabhängig von der Rechtsentscheidung zum Kostenträger – in Rechnung zu stellen, wird vom Landesvorstand einhellig abgelehnt.

Sonstiges

Der Landesvorstand nimmt eine erste Grobplanung der für das Frühjahr 2013 geplanten Sozialökologischen Konferenz zur Kenntnis.

Der Landesvorstand beschließt eine Änderung seiner Geschäftsordnung in den Punkten „Ständige Gäste“ sowie „Geschlossene Sitzung“. Die aktuelle Fassung der Geschäftsordnung lautet nunmehr wie folgt:

Beschluss des Landesvorstandes vom 05.09.2011 (geändert am 15.10.2011, 21.04.2012 und 20.10.2012)

Geschäftsordnung

des Landesvorstandes

1. Der Landesvorstand tritt monatlich, in der Regel an einem Sonnabend, 10.00 Uhr, in Rostock, zusammen. Die Tagung wird von dem/der Landesvorsitzenden oder durch ein beauftragtes Mitglied des Landesvorstandes geleitet. Sie ist grundsätzlich parteiöffentlich.

Ständige Gäste sind:

- * der/die Landesgeschäftsführer/in
- * eine/ein vom Jugendverband benannte/r Vertreter/in
- * der/die Vorsitzende der Landtagsfraktion
- * der/die Sprecher/in des Landesausschusses

- * die Mitglieder des Bundesausschusses aus M-V
- * die Mitglieder des Parteivorstandes aus M-V
- * die Mitglieder des Deutschen Bundestages aus M-V
- * die Mitglieder des Europäischen Parlaments aus M-V bzw. die für M-V zuständigen MdEP

2. Der Landesvorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind.

Bei fehlender Beschlussfähigkeit oder bei dringenden Entscheidungen zwischen den Sitzungsterminen kann die Zustimmung zu Beschlüssen im Umlaufverfahren (per Telefon/E-Mail) eingeholt werden. Widerspricht ein Viertel der Vorstandsmitglieder diesem Vorhaben, ist die Beschlussfassung auszusetzen. Die Beschlussfassung im Umlaufverfahren ist gültig, wenn sich mindestens die Hälfte der Mitglieder des Landesvorstandes aktiv beteiligt haben.

Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden bzw. am Umlaufverfahren teilnehmenden LV-Mitglieder gefasst. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung.

Auf Antrag eines Mitglieds des Landesvorstandes oder eines ständigen Gastes kann eine geschlossene Sitzung (LV-Mitglieder und ständige Gäste) beantragt werden, die mit einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden LV-Mitglieder zu beschließen ist. Des Weiteren ist auf Beschluss einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden LV-Mitglieder eine geschlossene Sitzung mit nur Teilen der ständigen Gäste oder gänzlich ohne diese möglich.

3. Die Beratungen des Landesvorstandes erfolgen anhand eines beschlossenen Tagungsplanes, der durch die/den Landesgeschäftsführer/in erstellt wird.

Ständige Tagesordnungspunkte sind:

- * Aktuell-politische Fragen / Wahlen
- * zur Arbeit der Landtagsfraktion
- * Informationen aus dem Parteivorstand
- * Informationen aus den Kreisverbänden
- * Informationen aus Gremien / Jugendverband
- * Finanzen
- * Sonstiges

4. Die Einladung zur Tagung des Landesvorstandes erfolgt i.d.R. per E-Mail mit Tagesordnung und Zeitplan.

Die zu behandelnden Vorlagen werden in der Regel bis spätestens Montag der Tagungswoche als Datei übermittelt und zur Tagung des LV in Papierform ausgelegt.

Mitglieder des Landesverbandes können Vorlagen und Anträge zur Diskussion und Beschlussfassung einreichen. Diese Anträge und Vorlagen sind innerhalb von 6 Wochen, spätestens aber auf der nächsten Tagung zu behandeln und schriftlich zu beantworten. Sie sind auf Beschluss des Landesvorstandes auf die Tagesordnung zu setzen.

Sollte aus zeitlichen oder inhaltlichen Gründen eine sofortige Behandlung nicht möglich sein, entscheidet der Landesvorstand, wie die Beantwortung erfolgt.

Vorlagen die nicht gemäß 4.2 eingereicht wurden, sollen vermieden werden. Auf Beschluss des LV können dringliche Anträge mit einfacher Mehrheit der anwesenden LV-Mitglieder in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Vorlagen, Anträge und andere Materialien müssen spätestens eine Woche vor der Tagung (vorzugsweise als Datei) bei der / beim Landesgeschäftsführer/in vorliegen. EinreicherInnen oder deren VertreterInnen erhalten das Wort zur Begründung.

In der Umlaufmappe des Landesvorstandes wird allgemeiner Posteingang an den Landesvorstand zur Kenntnis gegeben bzw. die Behandlung von anderweitigen Materialien dokumentiert.

Zu Beginn der Sitzung stellt die Versammlungsleitung die Beschlussfähigkeit fest, lässt die ggf. aktualisierte Tagesordnung beschließen und führt die Beschlusskontrolle durch.

5. Schriftliche Vorlagen mit Vertraulichkeitscharakter im Sinne des Datenschutzes sind, soweit Erörterungen und Entscheidungen notwendig werden, in geschlossenen Sitzungen zu behandeln. Die TeilnehmerInnen dieser Sitzungen sind bezüglich der Inhalte, Debatten und Ergebnisse zur Verschwiegenheit verpflichtet. Derartige Unterlagen werden als Tischvorlage ausgegeben und nach Behandlung des Tagesordnungspunktes wieder eingezogen.

6. Bei absehbarer Verhinderung der Teilnahme an den Tagungen des Landesvorstandes ist die Landesgeschäftsstelle zwei Tage vor dem Beratungstag davon in Kenntnis zu setzen.

7. Wortmeldungen mit Anträgen zur Geschäftsordnung und Beendigung und/oder Vertagung der Debatte werden sofort erteilt. Vor der Abstimmung erhält je ein/e Redner/in dafür und dagegen das Wort.

8. Über jede Tagung ist ein Sachprotokoll zu fertigen, das die inhaltliche Debatte skizziert und Beschlüsse, Termine sowie Verantwortlichkeiten festhält. Protokolle der geschlossenen Sitzungen erhält der beschlossene Teilnehmerkreis ausschließlich in Papierform. Einlassungen oder persönliche Erklärungen von Vorstandsmitgliedern können schriftlich zu Protokoll gegeben werden.

9. Eine Sofortinformation zur Tagung des Landesvorstandes erhalten alle LV-Mitglieder und ständigen Gäste sowie die Landtagsfraktion, die Sprecher der LAG´en und die Kreisverbände. Parallel erfolgt eine Veröffentlichung dieser Information im Internet.

10. Zwischen den Tagungen berät der Geschäftsführende Ausschuss (GA) aktuelle Fragen, um erforderliche Entscheidungen zu treffen und Tagungen des Landesvorstandes vorzubereiten.

Zu diesen Beratungen werden der/die Vorsitzende und/oder der/die parlamentarische Geschäftsführer/in der Landtagsfraktion eingeladen.

Der GA berät über aktuell-politische Fragen, koordiniert das politische Handeln von LV und LTF, bereitet Finanz- und Personalentscheidungen vor und stimmt die Vertretung des LV nach innen und außen ab.

Der LV ist auf seiner nächsten Tagung über die Beratungsergebnisse zu informieren.

Der Landesgeschäftsführer informiert über die am 01.11.2012 anstehende Sitzung der AG Liste des Landesausschusses.

Die nächste Tagung des Landesvorstandes findet am 17.11.2012 in Rostock statt.

Die nächsten Termine:

- 27.10. 2012 Kreisparteitag und Gesamtmitgliederversammlung des KV Schwerin
- 01.11.2012 Beratung der AG Liste des Landesausschusses, Güstrow
- 02.11.2012 Kreisparteitag und Gesamtmitgliederversammlung des KV Rostock inkl. Nominierung der Direktkandidatin/des Direktkandidaten im BTWK 14
- 03.11.2012 Betriebs- und Personalrätekonferenz der Landtagsfraktion in Neubrandenburg
Beratung der AG Personal mit VertreterInnen des KV Nordwestmecklenburg, Neubrandenburg
- 10.11.2012 Kreisparteitag KV Mecklenburgische Seenplatte
- 17.11.2012 Tagung des Landesvorstandes, Rostock
Kreisparteitag/Gesamtmitgliederversammlung KV Nordwestmecklenburg, Wismar

Ausführliche Informationen und weitere Termine im Internet unter www.die-linke-mv.de.